

Herr Vogt, was ist gerecht?

ZÜRICH. Die Hürden, um fehlbare Manager und Verwaltungsräte gerichtlich zu belangen, sind zu hoch, findet Hans-Ueli Vogt. Er ist Rechtsprofessor an der Universität Zürich und SVP-Kantonsrat.

INTERVIEW: THOMAS MARTH

Frage an Sie als Rechtsprofessor: Wie gerecht kann das Recht sein?

Hans-Ueli Vogt: Das Recht soll möglichst gerecht sein, was aber nicht einfach zu verwirklichen ist. Eine Redensweise besagt: Eine Lösung ist dann gerecht, wenn jeder erhält, was ihm zusteht, im Guten wie im Schlechten. Aber wem steht was zu?

Frage an Sie als Politiker: Wie gerecht kann die Politik sein?

Es ist Aufgabe der Politik, Gerechtigkeit in der Gesellschaft herzustellen – zu entscheiden, wem was zusteht. Gerecht ist etwa, wenn alle die gleichen Chancen haben, aber nicht im Sinne einer Gleichmacherei. Es wird immer Unterschiede geben, das muss man akzeptieren.

Ein Geschichtsprofessor und Parteikollege von Ihnen wurde kürzlich von der Universität entfernt. War das gerecht?

Es war insofern sicher nicht gerecht, als der politische Hintergrund von Christoph Mörgeli bei den internen Auseinandersetzungen an seinem Institut eine

verstehe ich mich ausgesprochen gut. Sie sind wache, vife Typen. Das mag ich. In den Diskussionen, die wir hier an der Uni haben, zum Beispiel zur Studienreform, sind wir oft gleicher Meinung.

Warum sind Sie bei der SVP?

An erster Stelle steht für mich – das mag nun etwas pathetisch klingen – die Liebe zu diesem Land, zur Schweiz. Bei keiner anderen Partei erkenne ich, dass die Verbundenheit mit dem Land zuoberst steht. Natürlich trage ich auch das Programm der SVP mit. Aber an erster Stelle steht das Bekenntnis zur Heimat.

Was verstehen Sie unter Heimat?

Wer von der Liebe zu einem Land spricht, meint vielleicht fast immer das Land, wie es – noch – ist oder wie es in seiner Jugend war. Und davon will man möglichst viel bewahren. Heimat ist das, was man bewahren will.

Wie wollen Sie den Wandel aufhalten?

Das will und kann ich nicht. In vielen Bereichen bedeutet Wandel auch Fortschritt. Aber man muss doch festhalten, dass die Schweiz in der Zeit zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Ende der 1980er-Jahre in einer sehr komfortablen Situation lebte. In der bipolaren Welt hatte sie eine gloriose Zeit.

Wir können sie nicht zurückholen.

Nein, die Globalisierung verändert vieles. Sie setzt die Schweiz dem Wettbewerb und den Druckversuchen aus allen möglichen Ländern aus. Darum müssen wir für das kämpfen, was wir richtig finden. Wenn wir von unseren Werten und Stärken überzeugt sind, müssen wir gegensteuern, wenn sie unter Druck kommen.

Sie sind Wirtschaftsjurist, Fachgebiet Aktienrecht. Was ist zu tun, dass es in der Wirtschaft wieder etwas gerechter zugeht? Stichwort: Lohnexzesse.

Was fehlt, ist eine Kultur der Verantwortung. Viele – ich gehöre auch dazu – stören sich nicht daran, dass die Gehälter hoch sind, sondern dass sie auch dann noch hoch sind, wenn einer die Leistung nicht erbringt oder das Unternehmen «an die Wand fährt». Zudem wird man den Eindruck nicht los, dass sich einige Manager selbst bedienen und somit die Regeln des Marktes bei der Festlegung des Lohnes nicht spielen.

Kann die Politik etwas tun?

Sofern sie massvoll und gezielt handelt, ja. Radikallösungen wie die 1:12-Volksinitiative schiessen weit übers Ziel hinaus. Besser ist es, die Aktionärsrechte zu stärken; das fand ich immer schon den richtigen Ansatz.

Hat die Finanzkrise Ihren Sinn für Gerechtigkeit verändert?

Sie hat mich in der Überzeugung bestärkt, dass die Akzeptanz einer freien, kapitalistischen Wirtschaft wesentlich davon abhängt, dass diejenigen, die von dieser Ordnung am meisten profitieren, sich nicht bereichern dürfen, sondern Verantwortung tragen müssen, wenn sie Fehler machen.

Verantwortung ist eine Haltungsfrage. Kann man so etwas vorschreiben?

Zumindest kann man dafür sorgen, dass das Verhalten des Einzelnen Konsequenzen hat. Zum Beispiel, dass die Löhne an den Erfolg oder Misserfolg



Hans-Ueli Vogt in der Bibliothek des Rechtswissenschaftlichen Instituts. Bild: pag

eines Unternehmens gekoppelt werden. Man würde meinen, das sei eine Selbstverständlichkeit. Zudem sollten Manager, die tatsächlich Fehler begangen haben, zur Verantwortung gezogen werden können. So wie in den USA.

Was wäre in der Schweiz zu tun?

Die Hürden für Verantwortlichkeitsklagen gegen Manager und Verwaltungsräte sind zu hoch.

Zwar ist heute jeder Aktionär klageberechtigt, aber er trägt das ganze Kostenrisiko. Und hat er Erfolg, profitiert er davon nur in der Höhe seines Anteils am Aktienkapital. Man müsste das Kostenrisiko des Klägers senken und vielleicht sogar seinen Anteil am Erfolg erhöhen.

Sie haben auch in New York studiert und gearbeitet. Mögen Sie die USA?

Ja. Ich bin USA-Fan, auch heute noch.

Sie tragen die Volksinitiative «Schutz der Privatsphäre» mit, gemeint ist das Bankgeheimnis. Was sagen Sie zur Datenschnüffelei der US-Geheimdienste?

Es ist eine Kernaufgabe des Staates, für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen, und dafür braucht er auch die entsprechenden Mittel und Kompetenzen. Aber ich bin dagegen, dass der Staat seine Bürger systematisch überwacht.

Das Risiko, dass einzelne Personengruppen – etwa alle mit Vermögen über 200000 Franken oder alle SVPLer – gezielt überprüft werden, ist zu gross. Auch der Staat besteht aus Menschen, und die haben Schwächen.

Ist Edward Snowden somit ein Held?

Er hatte gegenüber dem Staat als seinem Arbeitgeber auch eine Loyalitätspflicht.

Nur weil er bei diesem etwas nicht richtig fand, durfte er meines Erachtens nicht gleich all sein Wissen gegenüber der Weltöffentlichkeit offenlegen.

Über Ihr Privatleben hat man noch wenig

gelesen. Haben Sie eines?

Ja, klar. Ich lebe allein, habe aber einen grossen Bekanntenkreis und ein paar gute, langjährige Freunde. Ab und zu mache ich auch freie Wochenenden. Ich kann mich gut an kleinen Dingen freuen.

Zum Beispiel?

In der Stadt einen Kaffee trinken, Leute beobachten. Mir ein neues T-Shirt oder Hemd kaufen.

Streben Sie ein Exekutivamt an?

Vielleicht in ferner Zukunft. Ich habe noch diverse grosse Publikationsprojekte am Laufen. Ich bin eigentlich eher der Forschertyp, der etwas bis ins Detail auseinandernimmt, als der Politiker.

«Ich bin dagegen, dass der Staat seine Bürger systematisch überwacht»

Auftakt zum Abstimmungskampf

ZÜRICH. Zum Nationalfeiertag hat das Initiativkomitee Second@s Plus Zürich den Abstimmungskampf für seine kantonale Volksinitiative «Für mehr Demokratie» lanciert. Die Gemeinden sollen das Recht erhalten, für Ausländerinnen und Ausländer das kommunale Stimm- und Wahlrecht einzuführen. Es handle sich um eine Weiterentwicklung der Demokratie, sagen die Initianten. Wie früher die Frauen, sei heute ein Viertel der Einwohner – die Ausländer – von der politischen Partizipation ausgeschlossen. Dabei trage diese Gruppe viel zum Wohlstand bei und zahle Steuern. Diverse andere Kantone und die Landeskirchen seien mit dem guten Beispiel vorausgegangen. Über die Initiative wird am 22. September abgestimmt. SP, Grüne und GLP stehen hinter ihr. Die bürgerlichen Parteien lehnen sie ab. Die Einbürgerung sei der richtige Weg zur Mitbestimmung. (red)

Landen von Norden am Nationalfeiertag

ZÜRICH. Der Nationalfeiertag wird sich auch auf den Flugbetrieb aus. Am Abend des 1. August wird ausnahmsweise von Norden her gelandet. Dies, weil der Flugbetrieb in den Anflugschneisen Ost und Süd durch Feuerwerk beeinträchtigt werden könnte, wie der Flughafen gestern mitteilte. Wie jedes Jahr werden am 1. August die abendlichen Beschränkungen für An- und Abflüge durch den deutschen Luftraum ausnahmsweise aufgehoben. Das bedeutet, dass Landungen ab 21 Uhr bis Flugbetriebsende von Norden her auf den Pisten 14 oder 16 erfolgen. Die Starts erfolgen bis 22 Uhr nach Westen und Süden, ab 22 Uhr nach Norden. Gemäss deutscher Verordnung müsste am Donnerstagabend ab 21 Uhr von Osten her auf der Piste 28 gelandet werden. (sda)

Jugendliche Diebe

ZÜRICH. Die Zürcher Kantonspolizei hat einer Einbrecherbande 18 Delikte nachgewiesen. Die neun jungen Männer im Alter zwischen 17 und 21 Jahren haben Diebesgut für 13000 Franken erbeutet und einen Sachschaden von 23000 Franken angerichtet, heisst es in der Medienmitteilung. Die Täter aus der Schweiz, der Türkei, dem Kosovo, Kroatien sowie Serbien und Montenegro suchten Schulen, Restaurants und Geschäfte in den Bezirken Dietikon und Affoltern und in Zürich heim. (sda)

ANZEIGE

Der Landbote

Jetzt abonnieren!
Gratis-Aboline 0800 80 84 80 • abo@landbote.ch

ZUR PERSON

Hans-Ueli Vogt

Uniprofessor, Aktienrechtsspezialist, Rechtsanwalt

Hans-Ueli Vogt ist in Illnau aufgewachsen und wohnt heute in Zürich. Er studierte an der Universität Zürich und in New York; hier wie dort besitzt er eine Anwaltszulassung. Seit 2003 ist er Professor für Handels-, Wirtschafts- und Immaterialgüterrecht an der Universität Zürich. Seit 2011 ist er Kantonsrat. (tma)

Wählen Sie Ihren News-Mix:

www.Landbote.ch

MEINE HAUSTÜRE

WINTERTHUR

INTERNATIONAL